

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Vertriebsort: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Für den Abdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 15. bis 21. September M. 3 000 000. Einzelnummer M. 600 000.
Anzeigen-Preise. Schlüsselzahl der deutschen Zeitungen: 12 000 x Grundpreise: Die 14 tägige 3 mm breite Seite M. 15, außerhalb 20 M. 16. Familienanzeigen u. Gelegenheitsanzeigen Rabatt 25 %, außerhalb M. 20, die 90 mm breite Reklameseite M. 470, außerhalb 600 M. 50; Oberhalb M. 15. Zusatz: Stütze gegen Vorzahlung.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung
Marianstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Oetzel & Reichardt in Dresden.
Telefon-Nr. 1068 Dresden.

Gefährliche Nachgiebigkeit der Reichsregierung.

Verhandlungen mit Beamten und Arbeitern um Preisgabe der Voraussetzungen für den Verzicht auf den passiven Widerstand. — Der Kabinettsbeschluss über die neue Goldwährung. — Die Verordnung über die Einschränkung der Ausfuhrkontrolle. — Ansätze zu einer Behandlung der Reparationsfrage im Völkerbund. — Der Bolschewismus auf dem Sprunge.

Sophistische Auslegung des passiven Widerstandes.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 18. Sept. Man scheint sich auf Regierungsseite die fortwährenden französischen Mahnungen, die es notwendig sei, müsse der passive Widerstand aufgegeben werden, zu Herzen nehmen zu wollen. Wie es heißt, ist die Regierung in Verhandlungen eingetreten mit den Beamten- und Arbeiterorganisationen, damit diese ihre vor aller Welt erhobenen Forderungen, die der Aufgabe des passiven Widerstandes voranzugehen müßten, reduzierte. Inwieweit wird offiziell der passive Widerstand dahin kommentiert, daß er kein Selbstzweck gewesen sei, sondern nur das Mittel, um mit Frankreich zu Verhandlungen zu kommen. Diese Bereitwilligkeit der deutschen maßgebenden Stellen gegenüber dem französischen Siegeswillen muß auf jeden Fall bedenklich stimmen. Ebenso bedenklich ist die Mitteilung von Berliner ausländischer Stelle, daß man grundsätzlich beschlossen habe, in kürzester Zeit die Visitation in Paris und die Gesandtschaft in Brüssel zu besuchen. Man hat dieser Mitteilung allerdings hinzu, daß diese Beziehungen nur dann Zweck hätten, wenn die deutschen Vertreter die Möglichkeit hätten, mit den dortigen Regierungen auf eine Verhandlungsbasis zu treten. Jedenfalls zeigt all dies, daß die Männer im Stresemann'schen Kabinett das Schlimmste befehligen; denn anders ließe sich der von der Gegenseite mit Eifer und Zurückweisung beantwortete Eifer, zur Verhandlung zu kommen, nicht erklären.

Eine gewisse Behätigung erfahren die hier ausgedrückten Behauptungen durch die nachstehende Meldung aus Köln über eine vom Minister Solmann abgehaltene Rede.

Köln, 18. Sept. Reichsinnenminister Solmann macht in der sozialdemokratischen „Abendlichen Zeitung“ Ausführungen über die innerpolitische Lage und die Ziele der Reichsregierung, in denen es u. a. heißt: Die neueste Rede Poincarés dürfte manche Äußerung enthalten haben. Ich glaube aber nicht, daß die Rede die große Entscheidung im Westen hinausüberwinden wird. Es werden binnen kurzem erste Entschlüsse zu treffen sein. Das Kabinett ist mit Stresemanns außenpolitischer Führung vollkommen einverstanden. Es hat sich bisher keinerlei Mühe angetragen.
Man wird sich freilich darüber klar sein müssen, daß der Kampf an der Ruhr nur mit einem für Deutschland sehr harten Frieden beendet werden kann.
Es ist viel zu lange mit dem Anfang der Verhandlungen gemartet worden. Auch die langwierigen Verhandlungen werden die Bevölkerung und uns vor ganz wesentlichen Entscheidungen stellen. Die Arbeitslosigkeit wächst bedrohlich an. Sie ist nicht nur eine Folge der Wirtschaftskrise, die sich vermittelst noch kleineren wird, sondern einer gewissen Steuerfabrikation mancher Unternehmender. (1)
Die Reichsregierung bereitet eine Abänderung der Stilllegungsverordnung vor, um den Massenentlassungen vorzubeugen. Die produktive Erwerbslosenfürsorge wird beschleunigt ausgebaut werden. Große Sorge macht uns die Frage, wie die Ernte schleunigst auf den Markt zu bringen ist. Ich glaube nicht, daß im jetzigen Stadium der Entwicklung mit Zwangswirtschaft und drakonischen Maßnahmen noch viel zu erreichen ist. Wir müssen noch in diesem Monat mit einem wertbezüglichen Zahlungsmittel herauskommen, das uns Kartoffeln, Getreide und Fett auf den Markt lockt.
Zu der Frage der Arbeitszeit erklärte der Minister, daß man bei dem seit langem eingenommenen Standpunkt, daß der Achtstundentag grundsätzlich aufrechtzuerhalten werden müsse, stehen bleibe, aber Überarbeit dort unbedingt geleistet werden müsse, wo das Interesse der Gesamtwirtschaft es erfordere. Dafür hätte auch die Klasse der Arbeiter volles Verständnis.

Eine englische Warnung vor der Kapitulation.
London, 18. Sept. „Manchester Guardian“ führt in einem Veltarif aus, daß die Einstellung der Unterstützung des Ruhrkampfes die finanzielle Lage Deutschlands verbessern werde, aber den Verfall der Mark nicht aufhalten könne. In Verbindung mit der energischen Durchführung neuer Steuern werde die Einstellung der Unterstützungen jedoch eine wesentliche Aussicht für die neue Währung bieten, die die deutsche Regierung jetzt zu schaffen sucht.
Alles was danach ansieht, daß es die Verlängerung des Widerstandes gegen den französischen Druck ersparnisbringend würde die Stellung der deutschen Regierung bei den Verhandlungen härten, was sogar die französische Regierung veranlassen könnte, sich auf Bedingungen einzulassen.
Das Blatt erklärt, wenn die Unterstützungen durch Geld und Lebensmittel aus dem unbefestigten Deutschland aufhören, so würde den Franzosen die alleinige Verantwortung für die Verwaltung des besetzten Gebietes zuzulassen und sie würden gezwungen sein, eine gewisse Zeit hindurch die Unterstützungen zu zahlen. Verzehrwesen und Güterverteilung im Ruhrgebiet seien derartig in Unordnung geraten, daß es beinahe unmöglich sei, den Lebensbedarf der Bevölkerung zu decken. Stresemann werde zweifellos seine Bemühungen weiter fortsetzen, Verhandlungen mit den Franzosen herbeizuführen. Die Ideen Poincarés liegen es jedoch immer fraglicher erscheinen, ob Deutschland durch die Kapitulation etwas zu gewinnen habe. Die Wahl zwischen Übergeben und Nichtübergabe, vor der Deutschland stehe, gleiche demjenigen eines Soldaten, dem erklärt werde, er solle sich ergeben, habe jedoch keinerlei Schonung zu erwarten. (W. V.)

Eine deutliche Zeichen für die Stimmung der Arbeiter an der Ruhr.

Essen, 18. Sept. Auf der Joch „Prophet II“ der Rheinischen Stahlwerke in Bottrop berief am Sonnabend der Kohlenhauer Zoch nach Beendigung der Schicht eine Belegschaftsversammlung ein, um eine Abstimmung darüber herbeizuführen, ob die Belegschaft gewillt sei, gegebenenfalls für die Regie die Forderung von Rohle aufzunehmen. Dohle erklärte, er sei von einem belgischen Offizier ermächtigt worden, die Versammlung einzuberufen. Der Belegschaft beauftragte sich bei den Ausführungen Dohles einer solchen Erklärung, daß man ihn verprügele. Die Anwesenheit konnte ihn nur mit Mühe vor der erregten Arbeiterschaft schützen. (W. V.)

Die Grundzüge der neuen Goldwährung.

Eine Kompromißlösung.

Berlin, 18. Sept. Wie W. V. erzählt, sind die Arbeiten für die Schaffung eines wertbezüglichen Geldes soweit gefördert worden, daß der Entwurf vorliegt. Die Reichsbank wird von den Staatsfinanzen völlig losgelöst und dadurch in den Stand gesetzt werden, die Funktionen einer Goldnotenbank für das Wirtschaftsleben in vollem Umfange zu erfüllen. Reichsbankaktive werden bei der Reichsbank nicht mehr bilanziert, so daß eine ungedeckte Vermehrung des Papiermarkumlages nicht mehr stattfindet. Für eine Uebergangszeit bis zur Balancierung des Reichshaushalts gibt eine neu zu schaffende Bank Noten aus, die durch eine Goldverpflichtung der Privatwirtschaft (Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken) auf Grund des Wehrbeitragswertes sichergestellt werden. Diese Noten werden als Geldzahlungenmittel. Die Papiermark wird Scheidemünze der neuen Noten, in der sie zu einem bestimmten Kurs einlösbar sein wird. Gleichzeitig wird nach einem bereits vorliegenden Finanzprogramm eine Einschränkung der Ausgaben im öffentlichen Haushalt erfolgen. Bei der Wertbehaftung der Einnahmen wird eine größere Ergiebigkeit der Steuerquellen und damit eine fortschreitende Deckung der Ausgaben erzielt werden.
Nach dem Projekt des Reichsfinanzministers wird es also zunächst drei verschiedenartige Zahlungsmittel nebeneinander geben, nämlich:
1. das von den besonderen Währungsbanken auf Grund von Goldverpflichtungen der Erwerbstätigen auszugebende Sachwertgeld, das allein als gesetzliches Zahlungsmittel fungieren wird;
2. die bisherige Papiermark, die ihrer Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel entkleidet werden und nur noch als Scheidemünze Verwendung finden soll;
3. die Goldnote, die von der zur Goldmarkbank umgewandelten Reichsbank nur gegen Einreichung von Gold wechseln auszugeben und durch Gold oder Devisen gedeckt wird.
Das Projekt der Regierung ist eine Kompromißlösung, die verschiedenartigen Interessen gerecht zu werden

versucht. Es ist auch ein Kompromiß aus den verschiedenartigen Vorschlägen, die in letzter Zeit zur Lösung der Währungsfrage gemacht worden sind. Der Gedanke des Sachwertgeldes ist in die Pläne der Regierung hineingearbeitet worden, desgleichen der Gedanke einer privaten Goldnotenbank, und für diejenigen, die der Reichsbank eine wesentliche Rolle an dem Währungsprogramm nicht vorzuziehen wollten, ist eine Konzeption dadurch geschaffen worden, daß die Reichsbank als reine Goldnotenbank in Zukunft fungieren soll.

Die Sanierung des Reichshaushalts als wichtigste Voraussetzung.

Vor einer neuen Vermögenssteueranleihe.
Berlin, 18. Sept. Zur Währungsreformfrage gab der Reichsfinanzminister Hildebrand vor Pressevertretern noch einige Erklärungen. Die Goldverpflichtung der privaten Wirtschaft, durch welche die Noten der neu-schaffenden Bank sichergestellt werden, werde vielleicht nicht mehr als fünf Prozent betragen. Außer der Veranlagung nach dem Wehrbeitragswert werde am Schlusse dieses Jahres durch eine neue Vermögenssteueranleihe auch der Kreis jener Personen erfaßt werden, die erst neuerdings Vermögen erworben haben. Die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen des Währungsplanes ist eine schnelle Sanierung des Staatshaushalts. Der Plan hierfür ist bereits im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet und wird demnächst veröffentlicht werden.

Der Bonholf der Papiermark in Neupork.
Neupork, 18. Sept. Die National-Citybank in Neupork hat beschlossen, in Zukunft kein deutsches Papiergeld mehr anzunehmen.

Dollar (Amtlich): 150 000 000
Im Freiverkehr abends 5 Uhr: 165 000 000

Die Weltregierer von heute.

Von Edmund Leypolt, Dresden.

Das bekannte Wort des großen schwedischen Reichskanzlers Axel Oxenstierna, daß die Welt verwundert sein würde, wenn sie erfähre, mit wie wenig Weisheit sie regiert werde, bezieht sich nicht nur auf die kurzfristige und fanatische Politik des Kaisers Ferdinand II. in und vor dem Dreißigjährigen Kriege. Es ist ein Wort, dessen bittere Wahrheit unsere ungeliebte Zeit wie keine andere schmieden muß. Es scheint ein Gebot zu sein, daß die großen Weltkaiser der Völkergeschichte in der Dummheit, Engstirnigkeit und inneren wie äußeren Gebundenheit der Regierenden ihre Ursache haben. Und so vorzüglich wir heutigen auch im Urteil über unsere Zeitgenossen sein müssen, da wir zu nahe am Strom des Völkertums, zu sehr im Schatten der Ereignisse leben; soviel wissen wir heute schon, daß nicht nur die deutschen Staatsmänner von 1890 bis 1911 keine gewesen sind, sondern daß auch die Weltregierer dieser bangen Tage in London, Paris und Washington keine Diplomaten von Größe sind. Die lange Reihe der großen Staatsmänner, die vom Altertum bis in die Vorkriegszeit lauft, hat keine neuen Mitglieder erhalten, seitdem der russische Graf Bismarck, dessen Geist die russisch-japanischen Friedensverhandlungen lenkte, gestorben. Nur geschwächte Mittelmächtigkeit und jahrmartigeigehäufige Großrederei führen die Großvölker der Gegenwart. Man kann geradezu von einem Triumph der Mittelmächtigkeit reden. Alle politischen Führer von weitem Blick sind in den feindlichen Ländern in mehr oder minder hoffnungsloser Exposition; ich erinnere nur an Molotti und Rittig.

Oder stimmt meine Behauptung mit Bezug auf Italien nicht? Hat nicht im Apenninlande der ehemalige Redakteur des „Avanti“, Mussolini, Jäger haarschneidender Größe? Hat er nicht den kranken italienischen Parlamentarismus durch eine Eisenherrschaft ersetzt? Hat er nicht das unruhige Volk der Italiener zu einer politischen Anhängerschaft befehrt? Alles richtig. Mussolini ist ein Mann von erstaunlicher Energie und Rücksichtlosigkeit. Und vielleicht wird man ihn später einmal neben den großen Sizilianer Crispien stellen. Indes seine Deutschlandpolitik zeigt doch, ganz im Gegensatz zu Crispien Haltung, eine merkwürdige Verantheit und Kurzsichtigkeit. Daß die Deutschen Süditalien durch die Italiensierung der Schulen mit brutaler Gewalt romanisiert werden, daß ihnen verboten ist, den alten heiligen Namen Tiro nur zu nennen, zeugt von wenig haarschneidender Einsicht; es wird eine Zeit kommen, da Italien auf Deutschland angewiesen ist! Und daß Mussolini Italien auch in der Außenpolitik von dem Frankreich Poincarés sich wenig unterscheidet, spricht nicht von einem Staatsmann, der mit künftigen Jahrzehnten, nicht nur mit der Stunde der Gegenwart rechnen und in „kontinenten denken“ muß.

Ueber Frankreichs Politik etwas zu sagen, hieße Eulen nach Athen tragen, obgleich manchem guten Deutschen ein Privatstimium darüber recht heilsam wäre. Aber die haarschneidende „Größe“ eines Poincaré bedarf doch einiger Beachtung. Ist Poincaré wirklich ein Genie, berufen, die napoleonische Weltmission zu vollenden? Vieles spricht dafür. Der ministerielle Leiter der französischen Außenpolitik regiert absolut wie kaum ein Herrscher des 18. Jahrhunderts. Das „demokratische“ Frankreich von heute steht unter einer mit monarchistischer Nachhilfe ausgehüteten Exekutive; sein Parlament ist nur eine Dekoration, seine politischen Parteien

Betrifft nur unsere Postbezieher!

Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß die unaufhaltsam weiter fortschreitende Entwertung der Mark den Zeitungen in der gleichen Weise wie allen übrigen wirtschaftlichen Unternehmungen es zur absoluten Unmöglichkeit macht, ihren Bezugspreis, wie bisher, für einen Zeitraum von mehreren Wochen zu halten. Die Entwertung der Verhältnisse macht es vielmehr zur unbedingten wirtschaftlichen Notwendigkeit, daß die Zeitung in kurzen Zwischenräumen ihre Bezugspreise der weiteren Entwertung der Mark anpassen könne. Aus diesem Grunde ist vom Reichspostministerium eine Nach-einziehung der Bezugsgeelder innerhalb des Bezugsmonats auf dem Wege des Nachnahmeverfahrens zugelassen worden.

Die Nachzahlung für die zweite Hälfte September beträgt

M. 9 000 000.—

Wenn also in den nächsten Tagen der Briefträger unseren Postabonnenten eine Nachnahme in Höhe von M. 9 000 000.— zur Einlösung vorzeigt, bitten wir, diese sofort einzulösen zu wollen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung eintritt.

Verlag der „Dresdner Nachrichten“.